

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 798

Mittwoch, 14. Februar 2024

31. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Richter beendet die Kriminalisierung von drei Fischern und einem Gemeindejournalisten.....	1
Wiedergutmachung für die Journalistin Norma Sancir: .....	2
PNC muss sich entschuldigen und der Staat muss die Presse schützen .....	2
FECI: Artikel von elPeriódico sind "missbräuchliche Nutzung der Meinungsfreiheit" .....	3
Regierung ändert Vorschriften zur Wahl von 22 Gouverneur*innen .....	4
Ch'orti'-Behörden unterstützen die Kandidatur von Luis Compá für das Amt des Gouverneurs von Chiquimula.....	5
Ehemaliger Präsident der 48 Kantone bewirbt sich um Gouverneursamt von Totonicapán.....	6

## Richter beendet die Kriminalisierung von drei Fischern und einem Gemeindejournalisten

**Puerto Barrios/El Estor, 31. Januar** - Die Anhörung, in der das Strafgericht von Puerto Barrios, Izabal entscheiden sollte, ob die drei Angeklagten, die Fischer Cristóbal Pop, Tomás Che und Vicente Rax, und der Journalist Carlos Choc aus El Estor, wegen der Verbrechen der illegalen Festnahme, der Bedrohung, der Anstiftung zu einer Straftat und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung freigelassen oder vor Gericht gestellt werden, war für 9 Uhr morgens angesetzt. Die Anhörung begann ein, zwei Stunden später.

Während sie vor dem Gerichtssaal warteten, unterhielten sich die drei Fischer und der Journalist und befürchteten, dass die Anhörung wegen der Abwesenheit des Anwalts der Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN) wieder einmal unterbrochen werden würde. Doch nach dem Warten begann die Anhörung.

Dort gab Richter Aníbal Arteaga nicht nur dem Antrag der Staatsanwaltschaft (MP) statt, die Anklage aus Mangel an Beweisen aufzuheben, sondern setzte auch die Zwangsmassnahmen gegen die Angeklagten aus, die im Januar 2019 vor Gericht gestellt werden sollten, erzwirkte aber rechtliche Auflagen, die sie verpflichteten, alle 30 Tage zum Sitz der MP in El Estor zu kommen, um ein Protokollbuch zu unterschreiben.

Als sie die Anhörung verliessen, feierten sie den Abschluss des Verfahrens, aber dachten auch an die Zeit, in der sie durch die Kriminalisierung daran gehindert wurden, ein normales Leben zu führen, und in der sie sogar aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wurden, weil sie sich der Mine widersetzen.

"Heute ist ein Prozess zu Ende gegangen, in dem wir unter den Händen des Unternehmens gelitten haben. Wir haben eine Geschichte abgeschlossen, in der wir durch die Verfolgung und Kriminalisierung, die wir 7 Jahre lang erlitten haben, geschlagen wurden. Es ist ein historischer Tag", sagte Cristóbal Pop, Präsident der Gilde der Fischer\*innen (GPA), der von anderen Mitgliedern begleitet wurde, die zu Beginn des Prozesses ebenfalls kriminalisiert worden waren, wie zum Beispiel Eduardo Suram.

"Ich brauchte diese Freiheit. Es war anstrengend für mich und meine Familie. Ich glaube, dass die Leute, die von dem Bergbauunternehmen gekauft wurden, und diejenigen, die mich zur Unperson erklärt haben, eine wichtige Rolle gespielt haben. Aber es war wichtig, die Ressourcen des schönen Sees von Izabal zu verteidigen", fügte Pop hinzu." Die Staatsanwaltschaft stellte fest, dass die Mitglieder der Gilde der Fischer\*innen den Izabal-See vor der Verwüstung durch das Bergbauunternehmen verteidigten, und dass es sich dabei um eine international anerkannte Tätigkeit handelte, für die sie nicht belangt werden konnten.

Dies sei ein klarer Präzedenzfall in der Verteidigung der Rechte. Das gilt auch im Fall des Journalisten Choc, der über die Ereignisse berichtete, in denen das Bergbauunternehmen die Beklagten damals zu Unrecht beschuldigte. Jetzt ist ihre Unschuld bewiesen", sagte Rafael Maldonado, Anwalt der Fischer\*innen von El Estor, Izabal.

Der Journalist Choc sagte, dass dieser Tag nicht nur wegen der gezeigten Rechtsstaatlichkeit der Justiz wichtig sei, da das Verfahren gegen ihn eingestellt werden konnte, sondern auch wegen der Anerkennung, die den Fischer\*innen bei der Verteidigung des Izabal-Sees zuteilwurde.

"Es hat mehr als sieben Jahre gedauert, bis ein Urteil gesprochen wurde", kommentierte Héctor Reyes, der Anwalt von Choc vom Zentrum für menschenrechtliche Aktionen (CALDH). "Der Antrag der Staatsanwaltschaft, der vor vier Jahren gestellt wurde, dass keine Straftat vorliegt, die zu verfolgen wäre, konnte aufgrund der mehrfachen Abwesenheit des Anwalts des Unternehmens nicht entschieden werden. Heute wurde die Einstellung des Verfahrens verfügt, und die Massnahmen gegen Carlos und seine Fischerkollegen wurden aufgehoben. Jetzt kann er seine Aufklärungsarbeit und sein Recht, die Geschehnisse in El Estor und anderen Orten Guatemalas anzuprangern, wahrnehmen".

Die Fischer und der Journalist umarmten ihre Anwälte, als sie das Strafgericht von Puerto Barrios verliessen, nachdem der Richter entschieden hatte, sie freizulassen.

### **Wie der Fall der Kriminalisierung begann**

Im Mai 2017 beobachteten Fischer der Gilde das Auftreten eines roten Schlammes mit fettiger Textur und Eisengeruch auf dem Izabal-See. Er befand sich einen Kilometer von der Minenanlage entfernt. Tage später stellten sie fest, dass die Kadaver mehrerer Wasserlebewesen auf der Oberfläche schwammen. Daraufhin gingen die Fischer in einer friedlichen Demonstration auf die Strasse und forderten die Schliessung der Nickelmine von CGN.

Die Regierung von Jimmy Morales erklärte, sie habe versucht, einen Dialogprozess einzuleiten, aber die Fischer\*innen sagten, sie seien von den Gesprächen ausgeschlossen worden. Daher beharrten sie auf ihrer Forderung. Innerhalb weniger Stunden mobilisierte die Regierung die Bereitschaftspolizei, um die Fischer\*innen zurückzudrängen und die Kontrolle über die blockierte Hauptstrasse in El Estor wiederzuerlangen, die auch die Zufahrt zur Mine darstellt. Das brutale Vorgehen der Polizei forderte das Leben eines der Fischer: Carlos Maaz. Hier kommt Chocs Rolle ins Spiel, denn als einer der Journalist\*innen der Gemeinde, die über die Ereignisse berichteten, war er der einzige, der den Moment festhielt, als die Polizei Maaz erschoss.

Der Mord und die übermässige Polizeigewalt beendeten die Demonstration, und kurz darauf wurden 12 Personen, darunter Fischer\*innen, Händler\*innen und der Journalist Choc, von der Mine angezeigt. Das Argument der Staatsanwaltschaft war, dass sie eine Strasse blockiert und Minenarbeiter\*innen festgehalten hätten, aber 2019 hatte die Ermittlungsbehörde ihren Standpunkt geändert und das Gericht in Puerto Barrios gebeten, den Fall aus Mangel an Beweisen einzustellen.

Richter Arteaga, der schon bei anderen Gelegenheiten zugunsten des Bergbauunternehmens entschieden hat, lehnte dies ab und gab der Generalstaatsanwaltschaft zwei Monate Zeit, um weitere Beweise zu suchen, allerdings sollten nur jene gesucht werden, die für eine Schuld von Choc und die Fischer Pop, Che und Rax hätten sprechen können. Diese zwei Monate wurden aufgrund der ständigen Aussetzung der Anhörungen auf sieben Jahre verlängert, hauptsächlich wegen der Abwesenheit des Anwalts der Mine oder wegen der Verschiebung des Termins durch Arteaga. Doch am 31. Januar dieses Jahres, mit dem Abschluss der Ermittlungen, endeten auch sieben Jahre der Kriminalisierung aufgrund einer falschen Anschuldigung der CGN, die zur russisch-schweizerischen Solway-Gruppe gehört. (Prensa Comunitaria)

## **Wiedergutmachung für die Journalistin Norma Sancir: PNC muss sich entschuldigen und der Staat muss die Presse schützen**

**Chiquimula, 5. Februar** - Die Nationale Zivilpolizei (PNC) muss sich öffentlich bei der Journalistin Norma Sancir entschuldigen und weitere von ihrer Verteidigung geforderte Massnahmen zur Wiedergutmachung ergreifen. Dies entschied Richter Jorge Douglas Ochoa, der vergangene Woche einen Polizeikommissar und zwei Polizeibeamte wegen der illegalen Inhaftierung von Sancir im Jahr 2014 zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt hatte.

Am 5. Februar verhandelte Richter Ochoa vor dem Gericht für Strafsachen, Drogenhandel und Umweltkriminalität in Chiquimula über die vom Anwalt Francisco Vivar beantragten Massnahmen einer Wiedergutmachung, darunter die Verpflichtung des Gesundheitsministeriums, die Journalistin wegen der Beschwerden zu behandeln, die sie infolge ihrer illegalen Inhaftierung davontrug.

Eine der geforderten Massnahmen war eine öffentliche Entschuldigung des PNC in Form eines mindestens einminütigen Videos, das in den sozialen Netzwerken und auf den offiziellen Konten der Polizei, des Innenministeriums und des Amtsblatts für Zentralamerika veröffentlicht werden sollte. Ausserdem sollte in allen Polizeistationen und PNC-Hauptquartieren eine Tafel angebracht werden, um die Arbeit der Journalist\*innen zu würdigen und die Polizeibeamt\*innen zu verpflichten, die journalistische Tätigkeit zu respektieren.

Die Journalistin Sancir wurde am 18. September 2014 von der Polizei festgenommen, als sie unterwegs war, um über eine Räumung von Mitgliedern der Gemeinde Ch'orti' zu berichten, die auf der Jupilingo-Brücke in Camotán, Chiquimula, demonstrierten. Sie schaffte es jedoch nicht bis zum Ort des Geschehens, da sie festgenommen und inhaftiert wurde. Aus diesem Grund forderte ihr Anwalt im Rahmen des Verfahrens, dass die Notiz, die sie an diesem Tag nicht veröffentlichen konnte, im Amtsblatt für Zentralamerika, auf den offiziellen Webseiten des PNC und des Innenministeriums veröffentlicht wird.

Eine weitere Forderung war, dass der Staat eine von der Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) geleitete Kommunikationskampagne durchführt, um die Arbeit der Gemeindejournalist\*innen und die Aggressionen, denen sie ausgesetzt waren, im Zusammenhang mit dem Fall Sancir sichtbar zu machen und anzuerkennen.

Im Rahmen der Ausbildung an der Polizeiakademie sollten die Kandidat\*innen einen vollständigen, von Fachjournalist\*innen konzipierten Kurs über Gemeindejournalismus und freie Meinungsäußerung mit einem geschlechtsspezifischen und menschenrechtlichen Ansatz erhalten, und es sollte eine illustrative Broschüre mit den Grundsätzen des Schutzes von Journalist\*innen erstellt werden, die die Polizist\*innen einhalten müssen.

Das Zentrum für menschenrechtliche Aktion (CALDH) forderte seinerseits, eine Überarbeitung der Bestimmungen für den Umgang mit Demonstrationen vorzunehmen und einen Abschnitt über die Anerkennung und den Respekt für Journalist\*innen aufzunehmen. Der Schwerpunkt sollte dabei einerseits auf Frauen und Gemeindejournalist\*innen liegen und andererseits auf die Gewährleistung der Pressefreiheit und der Achtung der Menschenrechte pochen. Ebenso müsse der Staat ein Programm zum Schutz von Journalist\*innen aufstellen, das eine politische Verpflichtung zur Schaffung eines angemessenen Rechtsrahmens, eine angemessene Bestimmung der potenziellen Begünstigten, eine Risikoanalyse unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive und des Gemeindejournalismus sowie die Bereitstellung wirksamer Schutzmassnahmen zum Schutz des Lebens und der Unversehrtheit von Journalist\*innen beinhaltet.

### **Der Richter bewilligt die geforderten Massnahmen**

Richter Ochoa erklärte, dass alle beantragten Massnahmen zur Wiedergutmachung zulässig seien und wies darauf hin, dass "alle gerichtlichen Entscheidungen die Botschaft an die Gesellschaft senden müssen, dass das Strafrecht nicht nur strafend, sondern auch präventiv sein sollte".

Der Richter stellte fest, dass bisher kein Antrag auf eine solche Stärkung der Justiz vorlag, und erinnerte daran, dass Sancir mehrere Tage inhaftiert war, weil es 2014 in der Departements-Hauptstadt Chiquimula kein Dienstgericht gab und sie nicht in der Lage war, ihre rechtliche Situation innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu klären. Aus diesem Grund forderte der Richter die Justizorgane (OJ) auf, die Möglichkeit einer Ausweitung des Projekts zur Schaffung von Dienstgerichten in jeder der Departements-Hauptstädte zu prüfen, damit die Menschen ihre rechtliche Situation in einem angemessenen Zeitrahmen lösen können.

Rechtsanwalt Francisco Vivar wies darauf hin, dass der Richter allen geforderten Massnahmen zugestimmt habe und betonte, dass Sancir keine finanzielle Entschädigung gefordert habe, da es ihr immer darum gegangen sei, dass der Gericht Genüge getan werde und ein Präzedenzfall für die ihr widerfahrenen Ereignisse geschaffen werde. (Prensa Comunitaria)

## **FECI: Artikel von elPeriódico sind "missbräuchliche Nutzung der Meinungsfreiheit"**

**Guatemala, 6. Februar** - Das Dritte Berufungsgericht prüft derzeit die Berufung der von Rafael Curruchiche geleiteten Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) gegen das Urteil des Fünften Strafgerichts, mit dem die Ermittlungen gegen Journalist\*innen und Kolumnist\*innen, die für elPeriódico arbeiteten, wegen ihrer Veröffentlichungen im Fall des Gründers Jose Rubén Zamora eingestellt wurden.

Die Anfechtung der FECI stützt sich auf der Auffassung, dass die Journalist\*innen aufgrund der Veröffentlichungen, die mögliche Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit der Inhaftierung Zamoras aufdeckten, möglicherweise "missbräuchlich" von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hätten. Dies sei einer der Gründe, warum sie die Wiederaufnahme der strafrechtlichen Ermittlungen wegen angeblicher Behinderung der Justiz fordern.

"Die Staatsanwaltschaft, die mit dem Beschluss nicht einverstanden ist, hat Berufung eingelegt (...) und stellt dem die Freiheit der Meinungsäußerung gegenüber. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese beiden Rechte "kollidieren". Solange diese Freiheit nicht missbraucht wird, ist es nicht notwendig, Recht gegen Recht zu setzen. Wenn jedoch die Rechtspflege beeinträchtigt wird, weil die Funktion der Staatsanwaltschaft angegriffen wird und es sich um ein wiederholtes Verhalten handelt, das die Funktion der Strafverfolgung einschränkt, haben wir es möglicherweise mit der Begehung einer Straftat zu tun", argumentiert die Generalstaatsanwaltschaft.

Diese Aussage steht im Widerspruch zu Artikel 35 der Verfassung der Republik, in dem es heisst: "Kein Verbrechen oder Vergehen ist es, wenn Veröffentlichungen, die Behauptungen, Kritiken oder Anschuldigungen gegen Beamt\*innen oder Angestellte des öffentlichen Dienstes wegen Handlungen enthalten, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben. Beamt\*innen und Angestellte des öffentlichen Dienstes können verlangen, dass ein Ehrengericht, das in der vom Gesetz festgelegten Weise zusammengesetzt ist, feststellt, dass die sie betreffende Veröffentlichung auf unrichtigen Tatsachen beruht oder dass die gegen sie erhobenen Anschuldigungen unbegründet sind".

Diese Argumente werden derzeit noch von den Richter\*innen der Kammer geprüft, die die Entscheidung zugunsten der Journalist\*innen und Kolumnist\*innen entweder bestätigen oder aufheben werden. Im Laufe der Woche wurde berichtet, dass die Staatsanwaltschaft (MP) Druck ausgeübt haben soll, um die Berufung anzunehmen.

**Die Interamerikanische Pressevereinigung reicht gerichtliche Stellungnahme zugunsten von Journalist\*innen ein**  
Gestern gab die Interamerikanische Pressevereinigung (SIP) bekannt, dass sie bei einem guatemaltekischen Gericht eine gerichtliche Stellungnahme (Amicus Curiae) im Namen von acht guatemaltekischen Journalist\*innen eingereicht habe, die wegen Behinderung der Justiz in einem Fall angeklagt wurden, gegen den Berufung eingelegt wurde und der in den nächsten Tagen verhandelt werden wird. In dem vorgelegten Dokument heisst es, dass die Argumentation der Staatsanwaltschaft "gegen verfassungsrechtliche Bestimmungen verstösst, die das Recht auf freie Meinungsäusserung garantieren".

In ihrem Plädoyer erklärt die Staatsanwaltschaft hingegen: "Die Journalist\*innen haben möglicherweise versucht, durch ihre Veröffentlichungen Mitglieder der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Hilfsbeamt\*innen in der Justizverwaltung zu bedrohen oder zu nötigen, ihre körperliche Unversehrtheit und ihre Ehre zu beeinträchtigen, mit dem Ziel, ihr Verhalten zu beeinflussen".

**Richterin stellt fest, dass journalistische Arbeit nicht strafrechtlich verfolgt werden darf**

Am 8. Januar erliess der Fünfte Strafgerichtshof ein Urteil, das einen Präzedenzfall zugunsten der Meinungsfreiheit und der journalistischen Praxis in Guatemala darstellt. Richterin Aurora Beatriz Gutiérrez Andrade stellte klar, dass Journalist\*innen oder Kolumnist\*innen für ihre Veröffentlichungen nicht strafrechtlich verfolgt werden können.

Das Urteil erging in einer Anhörung, in der die Verteidiger\*innen der Journalist\*innen von elPeriódico gehört wurden, die beantragt hatten, dass die Richterin sich für unzuständig erklärt und ein Gericht erster Instanz benennt, das sich mit allen Klagen im Zusammenhang mit der journalistischen Arbeit in dem von Jose Rubén Zamora geleiteten Medienunternehmen befasst. Zamora sitzt seit mehr als 550 Tagen im Gefängnis. Da sie sich für unzuständig erklärt hat, darf der Fall nicht in einem Strafverfahren weitergeführt werden, d.h. die journalistische Arbeit kann nicht als Straftat eingestuft werden. Die Richterin stellte klar, dass jede Person, die sich durch Veröffentlichungen beleidigt fühle, sich an ein Pressegericht wenden und dort das entsprechende Verfahren ausschöpfen muss. (Prensa Comunitaria)

## Regierung ändert Vorschriften zur Wahl von 22 Gouverneur\*innen

**Guatemala, 29. Januar** - Im Amtsblatt wurde die Reform der Verordnungen des Gesetzes über die Räte für städtische und ländliche Entwicklung (28-2024) veröffentlicht, die es allen Bürger\*innen ermöglicht, für die Posten der Gouverneur\*innen der Departements zu kandidieren. Mit dem am 29. Januar veröffentlichten Beschluss hat Präsident Bernardo Arévalo die Art und Weise geändert, in der die 22 Gouverneur\*innen der Departements gewählt werden. Während diese bisher von der Exekutive ernannt wurden, hat Arévalo mit der Reform den Weg für die Kandidatur einfacher Bürger\*innen für den Posten freigemacht.

Das Verfahren ähnelt der einer Berufungskommission. Den Änderungen zufolge wird der Aufruf zur Bewerbung durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt und auf der Website des Innenministeriums (MINGOB) erfolgen, sodass sich interessierte Bürger\*innen an den Rat für die Entwicklung des Departements (CODEDE) wenden können, um ihre Unterlagen für die Liste der Kandidat\*innen einzureichen.

Drei Tage nach der Veröffentlichung tritt der CODEDE zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen, um die Mitglieder der dreiköpfigen Kommission für die Entgegennahme der Bewerbungen zu wählen, und von da an haben die Interessent\*innen fünf Tage Zeit, sich zu bewerben.

Die Liste der Interessent\*innen für das Amt der\*des Gouverneur\*in wird im Amtsblatt veröffentlicht, woraufhin die Öffentlichkeit drei Tage Zeit hat, Einwände gegen die Kandidat\*innen zu erheben. Nach Ablauf dieser Frist wird eine Auswahlliste mit drei Kandidat\*innen erstellt, für die weitere fünf Tage zur Verfügung stehen, um die Unterlagen abzuschliessen.

Das Dreiergremium wird die verbliebenen Bewerber\*innen vorladen und ihnen Bemerkungen und Einwände zur Teilnahme vorlegen, aber haben auch die Möglichkeit, eigene vorzubringen. Das Triumvirat bewertet die Kenntnisse der Bewerber\*innen über die Möglichkeiten und Probleme der Abteilung, für die sie\*er sich bewirbt, die Fähigkeit und Erfahrung in der Verwaltung, die Fähigkeit zur Führung und Teamarbeit, die strategische Vision, das Einfühlungsvermögen in die Bürger\*innen, den Arbeitsplan und die Beherrschung einer Landessprache, je nach Dienststelle.

Sobald dieser Teil des Verfahrens abgeschlossen ist, wählt die Kommission die Kandidat\*innen aus, die sie für die Auswahlliste als am geeignetsten hält, und übermittelt diese dem Präsidenten. Diese Auswahlliste muss im Konsens oder mit einfacher Mehrheit erstellt werden.

### **El Estor schlägt seinen Kandidat\*innen vor**

Am Sonntag, den 28. Januar, trafen sich die fünf Delegationen der Bewegung SEMILLA in El Estor, Izabal, um ihre Liste der Kandidat\*innen für das Amt des\*der Gouverneur\*in des Departements Izabal vorzuschlagen.

Die Parteidelegationen, die aus dem zweiten Wahlgang hervorgegangen sind und sich organisiert haben, um die Amtseinführung von Arévalo zu unterstützen, schlugen Kandidat\*innen vor, die sich durch ihre Teilnahme am nationalen Streik und/oder am Widerstand gegen den Bergbau hervorgetan haben.

Wilberth Marroquín wurde von SEMILLA als einer der Kandidat\*innen für die Leitung des Gouverneursamtes vorgeschlagen. Ausserdem wurden Olga Ché, Schatzmeisterin der Gilde der Fischer\*innen, als stellvertretende Vertreterin des Gouverneursamtes von Izabal und Humberto Cuc, Stammesältester von El Estor, als Vertreter für indigene Angelegenheiten vorgeschlagen. "Wir stehen hier mit einer anderen Erwartung... in unseren Händen liegt die Verpflichtung, nicht eine bezahlte Fachkraft im Amt zu sein, die dasitzt und sich freut, Geld zu verdienen", sagte Marroquín.

Marroquín ist ein Neuling auf der politischen Bühne. Die Menschen in der Gemeinde kennen ihn, weil er einer derjenigen war, die den Widerstand gegen den nationalen Streik unterstützt haben.

Wilberth Marroquín ist aber auch bekannt, weil sein Vater, Marco Tulio Marroquín Rivera, für Semilla als Bürgermeister von Puerto Barrios im Jahr 2023 kandidierte. Aktuell ist er der Koordinator der Partei in Izabal. Bereits im Jahr 2016 war er einer der von der Zivilgesellschaft und der Partei nominierten Kandidat\*innen. (Prensa Comunitaria)

## **Ch'orti'-Behörden unterstützen die Kandidatur von Luis Compá für das Amt des Gouverneurs von Chiquimula**

**Chiquimula, 7. Februar** - In Chiquimula haben die traditionellen Autoritäten des Maya-Volkes der Ch'orti' die Kandidatur des Aktivisten und Sozialprüfers Luis Compá unterstützt, der seine Kandidatur als einer der drei Kandidat\*innen für das Amt der\*des Gouverneur\*in des Departements vorgestellt hat.

In Chiquimula kandidiert Compá mit Unterstützung der traditionellen Maya-Behörde Ch'orti' - wie auch Kandidat\*innen in anderen Departments, die Organisationen der Zivilgesellschaft als geeignet für diese Ämter vorgeschlagen haben. Der Kandidat hat einen Abschluss in Betriebswirtschaft und war als Sozialprüfer tätig. Ausserdem ist er Mitglied des Nationalen Netzwerks der Bürgerkommissionen und Kollektive für Transparenz und Rechtschaffenheit (REDNACTP), das verschiedene staatliche Einrichtungen kontrolliert.

Am 7. Februar reichten acht Fachleute ihre Unterlagen zur Teilnahme an der Wahl der\*des neuen Gouverneur\*in des Departements Chiquimula ein. Die traditionellen Autoritäten des Maya-Volkes der Ch'orti' in dem Departement haben im Sinne der Transparenz und der Korruptionsbekämpfung Anstrengungen unternommen, um ihre Kandidatur bei der Auswahl des Gouverneurs des Departements zu koordinieren, die letztlich von Präsident Bernardo Arévalo vorgenommen wird.

### **Der Kandidat Luis Compá**

Luis Compá hat mehrere Audits durchgeführt, eines davon während der Regierung von Alejandro Giammattei, während der COVID-Pandemie. Während der COVID-19-Pandemie wurde der Bericht "Transparenzbericht über die Korrupten" erstellt, ein Dokument, das bei der Staatsanwaltschaft (MP) mehrere Beschwerden auslöste, die bis heute keinen Erfolg hatten.

Seit mehreren Jahren überwacht der Rechnungsprüfer, wie die Steuergelder der Guatemalte\*innen investiert werden, da viele Projekte von den Beamt\*innen überbewertet wurden. Als Aktivist hat er den Kampf und den Widerstand des Maya-Volkes der Ch'orti' von Quezaltepeque, Olopa, Jocotán, Camotán und San Juan Ermita bei der Verteidigung ihrer Gebiete angesichts der Bedrohung durch Bergbauunternehmen begleitet, die die natürlichen Ressourcen der indigenen Völker ausbeuten wollen. Gemeinsam mit dem Volk der Ch'orti' hat Compá in einigen Gemeinden soziale Prüfungskommissionen eingerichtet, die über Steuerprüfung lehren und lernen.

### **Beteiligung der Bürger\*innen an dem Prozess**

In mehreren Departements wie Alta Verapaz, Quetzaltenango, Totonicapán, Izabal, Huehuetenango und Santa Rosa waren die Bürger\*innen aktiv daran beteiligt, Profile von Personen vorzulegen, die sie für die Stelle für geeignet halten.

In einem Kommuniqué der Regierung von Bernardo Arévalo wurde betont, wie wichtig es sei, Chancen auf der Grundlage von Verdiensten und Eignung zu bieten, und es wurde klargestellt, dass niemand Familienmitglieder, Freunde oder Bekannte für das Amt der\*des Gouverneur\*in eines Departements befördern oder ernennen dürfe. (Prensa Comunitaria)

## Ehemaliger Präsident der 48 Kantone bewirbt sich um Gouverneursamt von Totonicapán

**Totonicapán, 7. Februar** - Am 5. Februar begann das Verfahren zur Wahl der 22 Gouverneur\*innen der Departements auf nationaler Ebene. Präsident Bernardo Arévalo änderte das Auswahlverfahren, sodass auch einfache Bürger \*innen für das Amt kandidieren können. Die Änderungen sehen vor, dass nicht mehr der Präsident, sondern der Departements-Rat für Entwicklung (CODEDE) für die Entgegennahme der Unterlagen der Aspirant\*innen zuständig ist.

In Totonicapán traf Luis Pacheco, der ehemalige Vorsitzende des Verwaltungsrats der 48 Kantone, am Mittwochmorgen im Büro des Gouverneurs ein, um seine Unterlagen einzureichen und einer der Kandidat\*innen für das Amt zu werden. Bei einem Spaziergang durch einige Strassen der Stadt Totonicapán wurde er von Mitgliedern indigener Behörden und Personen aus den Gemeinden begleitet. Pacheco sagte, er habe die Herausforderung angenommen, für das Amt der\*des Gouverneur\*in von Totonicapán zu kandidieren, weil die Bevölkerung von acht Gemeinden ihn zur Teilnahme vorgeschlagen habe, und dieses Amt für ihn eine andere Form des Dienstes sei, wie jener, den er im Jahr 2023 geleistet habe, als er Präsident des Verwaltungsrats der 48 Kantone war. Dieses Amt fiel mit den Versuchen der Staatsanwaltschaft (MP), die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen im Juni und August letzten Jahres zu manipulieren und dem Widerstand dagegen zusammen. Er war auch eines der sichtbaren Gesichter während der 106 Tage des Widerstands zur Verteidigung der Demokratie.

Pacheco sagte weiterhin, dass er mit der Unterstützung der Menschen, die ihn begleiteten, zeigen wolle, dass es keine vorherige Absprache mit der Zentralregierung gebe, damit er den Posten bekomme. "Wir füllen wie alle anderen die erforderlichen Unterlagen aus und wir befolgen die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren", sagte er. Er verriet, dass zu den von ihm eingereichten Unterlagen ein Empfehlungsschreiben des Verwaltungsrats der 48 Kantone gehöre. Er wies zudem darauf hin, dass ein Wechsel von einem von der Gemeinde gewählten Amt zu einem Regierungsamt die Legitimität der Gemeindeorganisation in diesem Departement nicht beeinträchtigen werde, da es notwendig sei, mehr indigene Autoritäten in diese Positionen zu bringen. "Wenn ich den Dienst für die Leute, die mich darum gebeten haben, nicht anbiete, werde ich den üblichen Leuten die Möglichkeit geben und wir werden noch mehr indigene Autoritäten verlieren. Ich gehöre zu denjenigen, die gesagt haben, dass Gouverneur\*innen, Bürgermeister\*innen und Abgeordnete aus den indigenen Behörden kommen sollten, weil es sich um legitime Ernennungen handelt." Einer seiner Pläne, falls er Gouverneur des Departements wird, sei es, die Bedürfnisse der Bevölkerung anzuhören und Räume für die Zusammenarbeit mit den indigenen Behörden zu öffnen. Er plane die Umsetzung von Projekten, die bereits vorgeschlagen, aber nicht umgesetzt wurden.

Zu denjenigen, die Pachecos Kandidatur gefordert und unterstützt haben, gehören der Vorstand der Gemeindebürgermeister\*innen der 14 Gemeinden von San Cristóbal, jener von San Francisco el Alto und jener der 19 Gemeinden von Santa María Chiquimula, der COCODES von San Cristóbal, der Koordinator der Gemeindevorsteher\*innen von San Andrés Xecul und die traditionellen Behörden von Momostenango, San Bartolo Aguas Calientes und Santa Lucía La Reforma. (Prensa Comunitaria)

**¡Fijáte!**  
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

**Redaktion:**  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)  
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**  
IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6